Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt"
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106; ferner bei allen Stadtpostämtern und den Zeitungsspediteuren Berlins und der Vororte.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
auf das „Berliner Tageblatt" nebst „Handels-Zeitung", sowie dem illustrirten Witzblatt „ULK", der feuillet. Montags-Ausgabe „Zeitgeist", der „Technischen Rundschau", dem Sonntagsblatt „Deutsche Lesehalle" und den „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft" durch die Post bezogen vierteljährlich 5 Mark 25 Pf., Ausland excl. Postaufschlag; bei directer Zusendung unter Kreuzband 14 M. pro Quartal (für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung vierteljährlich 6 M., monatlich 2 M.) — Inserate à Zeile 50 Pf. („General-Anzeiger" 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 51. Berlin, Sonnabend, den 29. Januar 1898. XXVII. Jahrgang.

Die Versprechungen des Landwirthschaftsministers.

Im Abgeordnetenhause hat gestern die Berathung des landwirthschaftlichen Etats begonnen. Das zu wissen, genügt, um sich eine recht zutreffende Vorstellung von der Art von dem Verlaufe der Verhandlung zu machen. Die ganze landwirthschaftliche Frage wurde wieder einmal aufgerollt. Dem beklagenswerthen Minister wurde von klerikaler, konservativer und konservativer Seite ein Beschwerderegister überreicht, das eine bedenkliche Aehnlichkeit mit jenem Register hatte, welches Leporello der verflossenen Donna Elvira herrechnet. Nichts geschehe für die nothleidende Landwirthschaft, sagte kurzer Hand Herr ...mann. Die Landwirthschaft genieße nach keiner Richtung irgend eines Schutzes, meinte Herr v. Eynatten. Es fehle überall an Einsicht und an Wohlwollen. Das Wasser... tauge nichts. Die Einberufung der Reserven erfolge ohne Rücksicht auf die Ansprüche der Landwirthschaft, die Steuerabschätzung auf dem Lande sei ungerecht. Der konservative Abgeordnete Reinecke meinte mit der Beherzigkeit seines Namensvetters aus der Fabel, daß die kleinen Mittelchen ja an sich recht hübsch wären, er müsse indessen um die großen bitten. Diese allein könnten ...en stiften. Dann stürmte Herr Herold vom Centrum auf den Landwirthschaftsminister ein und verlangte Abschaffung der Zollkredite, Beseitigung der gemischten Transitlager, Einführung der obligatorischen Fleischschau und endlich Ausbau des Eisenbahnnetzes.

Angesichts dieser bedrohlich angestiegenen Wünschefluth mochte Herrn v. Hammerstein ein Gefühl überkommen, ähnlich dem, das den Dr. Heinrich Faust zu dem Verzweiflungsrufe veranlaßte: „Wo fass' ich dich, unendliche Natur? Euch Brüste, wo?" Er wiederholte schließlich in der nüchtern-geschäftsmäßigen Art all das, was er schon oft seinen konservativ-agrarischen Freunden mitgetheilt hat. Er wies auf das starr schutzzöllnerische Frankreich, auf Oesterreich und Rußland, lauter Agrarstaaten, hin, die indessen in ihren landwirthschaftlichen Schutzmaßnahmen noch lange nicht da angelangt seien, wo wir bereits seit Jahren stehen. Auf eine Agrarpolitik nach der Vorschrift des Grafen Kanitz und auf die Währungspolitik des Herrn v. Kardorff könne sich die Regierung allerdings nicht einlassen. Im Uebrigen müsse er von Neuem betonen, daß die Landwirthschaft auf Selbsthilfe angewiesen werden müsse.

Eine große Aktion kündigte sodann Herr v. Mendel-Steinfels an, um die Regierung zur Ergreifung von Maßnahmen zum Schutze unseres vaterländischen Viehbestandes aufzufordern und der um sich greifenden Verseuchung der Viehbestände Einhalt zu thun.

Hielt sich die Debatte bis dahin in recht phlegmatischem Zeitmaße, so brachte Herr Gothein von der freisinnigen Vereinigung etwas Munterkeit in die Verhandlung dadurch, daß er die Aufmerksamkeit des Ministers auf die Wirkung des Verbotes des Getreideterminhandels und auf die Wirkung der Spirituskontingentirung hinlenkte, ferner dadurch, daß er als das Ziel der Agrarier, die da wünschen, eine allgemeine Viehsperre unter einem hygienischen Vorwande einzuführen, die direkte Lebensmittelvertheuerung hinstellte. Herr Gamp war mit einer seiner bekannten nichtssagenden Weitschweifigkeiten sofort zur Stelle.

Aber erst der Parteichef Graf Limburg krönte das Redewerk der Konservativen, indem er die Auseinandersetzungen des Herrn Gothein lediglich als Wahlagitationen zu stigmatisiren suchte. Allein — so meinte der edle Graf — die Wähler würden sich dadurch nicht fangen lassen. Vor allem vermisse er eine entschiedene Erklärung vom Ministertische aus über die Stellung der Staatsregierung bei den demnächst einzuleitenden Verhandlungen über die Handelsverträge.

Herr v. Hammerstein ließ sich nicht lange drängen, sondern erklärte kurz vor Schluß der Sitzung, daß er sich Namens der Staatsregierung zu der Mittheilung für berechtigt halte, die Regierung werde bei den Handelsvertragsverhandlungen die Interessen der Landwirthschaft besser zu wahren suchen, als das bisher geschehen.

Nach dieser ungemein bedeutungsvollen Andeutung seitens des Herrn Landwirthschaftsministers wird es allerdings nothwendig werden, ihn im Laufe der weiteren Berathungen zu einigen präziseren Angaben zu veranlassen. Herr v. Hammerstein scheint da in der That recht „heitere Fernsichten" zu eröffnen!

---

* In Brüssel, so telegraphirt unser dortiger ✕-Korrespondent, erregt ein Vortrag großes Aufsehen, welchen der belgische Kronprinz Albert vor den Offizieren seines Grenadierregiments hielt. Der Prinz besprach die Gebrechen der belgischen Heeresorganisation und erklärte die Einführung der persönlichen Heerespflicht für eine unabweisliche Nothwendigkeit. Weiter forderte der Prinz die Schaffung eines tüchtigen Unteroffizierstandes nach deutschem Muster.

Die ostasiatische Krisis.

Das Anleiheduell, das zur Zeit zwischen England und Rußland in Peking ausgefochten wird, ist noch ohne endgiltigen Ausgang. Neuerdings telegraphirt man aus der chinesischen Hauptstadt:

„In der Befürchtung einer Befestigung des britischen Einflusses für den Fall, daß China die britischen Vorschläge annimmt, bietet Rußland jetzt die Anleihe China zu den gleichen Bedingungen wie der britische Gesandte an."

Man sieht, die Situation spitzt sich mehr und mehr zu. Das scheint man auch in England zu erkennen, und so bezieht sich augenscheinlich ein Londoner Telegramm, nach welchem gestern, Freitag, abermals unter dem Vorsitze des Premierministers Lord Salisbury ein Kabinetsrath stattgefunden hat, auf diese Vorgänge.

Den Gefahren gegenüber, welche sich aus diesem seltsamen Wettbewerbe ergeben können, erscheinen die Zwischenfälle, deren Schauplatz in diesen Tagen die Umgebung von Kiaotschau gewesen, immerhin noch geringfügig, wenn ihnen auch bereits ein Menschenleben zum Opfer gefallen ist. Die Ermordung des deutschen Marinesoldaten Schulze, die ja nicht ungesühnt bleiben wird, scheint indessen in den chinesischen Küstenstädten merkwürdige Gerüchte gezeitigt zu haben. So erhalten wir nachstehendes Privat-Telegramm aus Shanghai:

Folgende Nachrichten verlauten in glaubwürdiger Weise: Bei Kiaotschau haben Unruhen stattgefunden. Ein deutscher Marinesoldat ist (wie bekannt) ermordet worden. Drei andere deutsche Marinesoldaten sollen verschwunden sein.

Die Nachricht kommt uns in so vorgerückter Abendstunde zu, daß es nicht mehr möglich war, sie an hiesiger unterrichteter Stelle zu verifiziren. Wahrscheinlich aber ist, daß das Gerücht über das blutige Ereigniß in Kiaotschau sich auf seiner Wanderung bis Shanghai in der obigen Weise vergrößert hat, wie das ja so häufig zu geschehen pflegt. Daß übrigens ähnliche Gerüchte auch in Tschifu kursirten, beweist eine Depesche der Londoner Central News, die folgende Einzelheiten über die Ermordung des deutschen Matrosen berichtet:

„Das Verbrechen wurde erst entdeckt, als drei Mann mit einem Korporal die Runde machten, um den Wachtposten abzulösen. Der Matrose lag enthauptet am Boden. Die Ablösungsmannschaft wurde bald darauf von etwa hundert Eingeborenen angegriffen; obwohl sie sich tapfer vertheidigten, sollen alle drei getödtet worden sein. Auf chinesischer Seite wurden 12 Personen getödtet. Infolge dieser Ausschreitung herrscht große Aufregung in Kiaotschau."

Auch in dieser Meldung ist außer von dem Ermordeten von drei Marinesoldaten die Rede, die aber nicht verschwunden, sondern getödtet worden wären. Jedenfalls wird die Aufklärung nicht lange auf sich warten lassen.

* * *

In dem neuesten Heft der „Deutschen Rundschau" (Berlin, Verlag von Gebr. Paetel) bringt der frühere preußische Gesandte in Peking, Herr v. Brandt, unter anderem folgende Mittheilungen über Kiaotschau, die wir mit Genehmigung des Verfassers und Verlegers hiermit zum Abdruck bringen:

„Die Bedeutung Kiaotschaus für den Handel ist stets auch von den Chinesen erkannt worden; sie ist nicht unwesentlich durch die Herstellung oder richtiger die Vollendung des großen Kaiserkanals im 13. und 14. Jahrhundert unter den mongolischen Herrschern und der Mingdynastie, wie ebenfalls durch die Eröffnung Tschifus für den fremden Verkehr 1860 geschädigt worden. Trotzdem bietet Kiaotschau auch heute noch wegen seiner ganz geschützten Rhede so bedeutende Vortheile über das bei schlechtem Wetter und namentlich während des Winters beinahe unbenutzbare Tschifu und das durch die Barre vor dem Peiho und die immer ungünstiger werdenden Wasserverhältnisse im Flusse selbst stark beeinträchtigte Tientsin, daß es nur verhältnißmäßig geringer Kosten bedürfen wird, um es zum Hauptstapelplatz des Handels mit dem größeren Theile Shantungs, Kiangsus, Anhuis und Honans zu machen. Der erste größere, im Inneren Shantungs gelegene Handelsplatz, Weihsien, der den Mittelpunkt des Seidenhandels der Provinz bildet, und in dessen unmittelbarer Nähe sich abbaufähige und -werthe Kohlengruben befinden, ist nur circa 100 Kilometer von Kiaotschau entfernt, und dem Bau einer Bahn nach dort, die am besten sofort mit der von der chinesischen Regierung eingeführten Normalspurweite angelegt werden würde, scheinen — soweit sich das bis jetzt übersehen läßt — keinerlei erhebliche Terrainschwierigkeiten im Wege zu stehen. Wohin die Bahn von dort zu führen sein dürfte, wird von weiteren eingehenden Terrainstudien, namentlich auch von der Möglichkeit einer Ueberbrückung des Gelben Flusses (Hwangho) abhängen, jedenfalls aber wird von vornherein eine weitere Fortsetzung der Bahn entweder nach dem Yangtsze oder zur Verbindung mit der Luhanlinie (von Lukauchiao nach Hankau) ins Auge zu fassen sein. Vielleicht dürfte es sich auch empfehlen, einen früheren chinesischen Plan wieder aufzunehmen: die Vertiefung des auf den Flüssen Kiao und Lai bereits bestehenden Wasserweges zwischen der Süd- und Nordküste der Halbinsel Shantung und die Nutzbarmachung desselben für größere einheimische Fahrzeuge. Die zu diesem Zwecke unternommenen Arbeiten wurden nach dem Tode des Kaisers Kanghi gegen Ende des 17. Jahrhunderts wieder eingestellt.

Ueber den Umfang des Verkehrs, der sich in Kiaotschau entwickeln kann, bereits jetzt ein maßgebendes Urtheil zu fällen, ist unmöglich. In Tschifu, das viel weniger günstig als Kiaotschau gelegen ist, und dessen Inlandverkehr durch die es umgebenden Berge sehr erschwert wird, während mehrere tiefe Bodensenkungen denselben von Kiaotschau aus erleichtern, betrug 1896 der Werth der eingeführten, respektive reimportirten fremden Waaren circa 33 Millionen Mark, der der Einfuhr und Wiederausfuhr chinesischer Waaren circa 11 Millionen Mark, und der der Ausfuhr chinesischer Waaren circa 22 Millionen, das heißt zusammen circa 66 Millionen Mark. Da es sich bei diesen Zahlen nur um den durch das fremde Seezollamt gegangenen Verkehr handelt, das heißt um Waaren, die auf Schiffen fremder Bauart ein- oder ausgeführt wurden, so wird man nicht fehl greifen, wenn man den Werth des Gesammtverkehrs auf ca. 80 Millionen Mark annimmt. Von der Ausfuhr resp. dem Reimport chinesischer Produkte kamen auf Bohnenkuchen 4½ Millionen, auf Strohgeflecht 4,8 Millionen, auf Rohseide, Kokons und Seidenstoffe 5 Millionen Mark. Von diesen letzteren entfällt der bei weitem größere Theil auf Seide des Eichen- respektive Ailanthusspinners und die aus derselben gefertigten, unter dem Namen „Pongee" bekannten Stoffe.

Die von Tschifu ausgeführte, das heißt von den Dampfern zum eigenen Gebrauch genommene Kohle stammt nicht aus Shantung, sondern entweder von den Kalpinggruben in Chili oder aus Japan. Man wird in Kiaotschau bei richtiger Behandlung auf den größeren Theil des jetzt über Tschifu gehenden Verkehrs sowie auf die wegen der Schwierigkeit der Beförderung nach dort von demselben ausgeschlossenen Erzeugnisse Shantungs und anderer Provinzen, ganz besonders der Kohlengruben von Weihsien, rechnen dürfen und daher wohl berechtigt sein, den Werth des ohne besondere Mühe nach Kiaotschau zu lenkenden Verkehrs schon innerhalb der ersten Jahre auf mindestens fünfzig Millionen Mark veranschlagen können, die je nach der weiteren Fortführung der von Kiaotschau ausgehenden Bahnen und sonstigen Verbindungswege leicht auf das Doppelte respektive das Drei- und Vierfache erhöht werden können.

Auch humanitären Zwecken kann und wird die Eröffnung Kiaotschaus dienen, indem sie den periodisch in Shantung wiederkehrenden Nothständen wirksam begegnen wird. Im Wesentlichen hervorgerufen durch lokale Mißernten und die Schwierigkeit, wenn nicht Unmöglichkeit der Beförderung von Lebensmitteln auf Packthieren, die innerhalb einer bestimmten Frist ihre eigene Last verzehren, wird die Erleichterung und Beschleunigung des Verkehrs jenen Nothständen den Charakter von Hungersnöthen nehmen, wie das Land sie 1877 und 1878 gesehen hat.

Damit diese Hoffnungen aber in Erfüllung gehen, ist es nothwendig, daß die deutsche Diplomatie sich nicht mit dem politischen Erfolge begnüge, sondern sich entschließe, auch die materiellen Konsequenzen daraus zu ziehen. Kiaotschau darf nicht blos eine militärischen und maritimen Zwecken dienende Station bleiben, es muß ein dem fremden Verkehr nach Maßgabe der für denselben bestehenden vertragsmäßigen Bestimmungen eröffneter Hafen oder noch besser ein Freihafen werden, von dem aus der Handel aller Nationen unter gleichen Rechten und Pflichten in Länder, die von ihm bis dahin wenig oder gar nicht berührt worden sind, gelangen kann, zum Vortheil Aller, die sich daran betheiligen. Dann wird Deutschland den ihm gebührenden Antheil an der Erschließung des Reiches der Mitte haben, und China, im Gefühl befriedigender und lohnender Mitarbeit die alten Beziehungen zu Deutschland wiederfinden, die ihm während der letzten Jahre verloren gegangen zu sein schienen."

---

* Der Reichstag beschäftigte sich gestern wiederum mit dem Etat des Reichsamts des Inneren und zwar speziell mit Fragen, die vom Reichsgesundheitsamt bearbeitet werden. Der sozialistische Vertreter von Nürnberg, Abgeordneter Oertel sprach den Wunsch aus, daß die Vorschriften über Desinfektion der Bürsten- und Pinselfabriken verschärft würden. Der Direktor des Reichsgesundheitsamts Dr. Köhler legte dar, daß die Regierung in dieser Beziehung alles thue, was sie könne; dieser Ansicht gab auch Abgeordneter Beckh (freis. Volksp.) Ausdruck. Abgeordneter Rettich (kons.) sprach über die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche und regte damit eine Diskussion an, die einen großen Theil der Sitzung ausfüllte. Direktor Dr. Köhler erklärte, daß die Regierung der Angelegenheit die größte Aufmerksamkeit zuwende und dem Reichstage in den nächsten Tagen eine Denkschrift über diese Frage übermitteln werde. Der Regierungsvertreter wies auch darauf hin, daß die russische Grenze für Schweine bis auf vier Punkte gänzlich gesperrt sei. Für eine völlige Sperrung der Grenze traten die Abgeordneten Graf Arnim (Reichsp.), Graf zu Inn- und Knyphausen (kons.), Kruse (natl.), v. Kardorff (Reichsp.) und Graf Bismarck (kons.) ein. Die Abgeordneten Dr. Langerhans und Müller von der freisinnigen Volkspartei sprachen sich dem gegenüber für eine reichliche Ausstattung des Reichsgesundheitsamts mit Mitteln für Forschungszwecke und eine internationale Seuchenbekämpfung aus. Außerdem sprachen zu dieser Frage noch die Abgeordneten Hitze (Ctr.), Graf Stolberg (kons.), Haase (soz.), Paasche (natl.) und Wurm (soz.). Abgeordneter Preiß (Elsässer) drückte den Wunsch aus, daß der Verkehr mit Wein dem Nahrungsmittelgesetz unterstellt und die Bezeichnung Kunstwein für künstlich hergestellte weinartige Getränke vorgeschrieben werde. Staatssekretär Graf Posadowsky machte in seiner Entgegnung auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die sich allen gesetzlichen Vorschriften auf diesem Gebiet entgegenstellen. Er machte kein Hehl daraus, daß man unter Umständen sehr scharfe Vorschriften erlassen und den Wein „von der Wiege bis zum Grabe" fortgesetzt kontroliren müsse. Gegenüber der Behauptung, daß der „Kunstwein" von Leuten fabrizirt würde, die den Winzern feindlich gegenüberständen, bezog sich der Staatssekretär auf den Ausspruch, daß die gefährlichsten Weinpantscher die Winzer selbst seien. Graf Posadowsky nahm im Laufe der weiteren Verhandlungen

Hierzu für die auswärtigen Abonnenten „Deutsche Lesehalle" Nr. 5.